

Betreff:

Grillen auf öffentlichen Flächen

Chronologie mit Kernaussagen zum Thema Grillen auf öffentlichen Flächen

04.08.16 Vorlage Nr. 2016/1155: Das Thema Grillen in öffentlichen Anlagen wird aufgrund eines Bürgerantrages neu aufgerollt und per Ratsbeschluss positiv aufgegriffen.

23.02.17 Vorlage Nr. 2016/1467: Verwaltung gießt den Ratsbeschluss in Formen. Aufgrund der Haushaltslage werden nur einmalige Kosten in Höhe von rd. € 3600,00 für Beschilderung in den Etat eingestellt, ansonsten setzt man auf die Eigenverantwortung der Bürger.

05.03.17 mein Brief an den OB, in dem ich diese Kernprämisse der Eigenverantwortung kritisiere.

07.03.17 Antwort des OB mit den Kernaussagen

- die Initiative ging vom Rat aus. Verwaltung stellt in ihrer Vorlage mit der Eigenverantwortung den in ihren Augen aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen einzig gangbaren Weg vor.
- die Finanzlage verbiete sowohl über die Beschilderung hinausgehende Sachinvestitionen, als auch intensive Überwachung durch städtisches Personal.

08.03.17 Antrag Nr. 2017/1572: SPD stellt Änderungsantrag zur Vorlage 2017/1467: SPD plädiert doch für erhöhte Sachinvestitionen (Mülleimer), möchte Überprüfungen begrenzen und will es bei der Kontrolle auf stichprobenhaften Überprüfungen belassen, weil sie den Grundgedanken der Eigenverantwortung unterstützt. Herr Stein weist in einem ausdrücklichen Kommentar wie der OB nochmals darauf hin, dass weitere Mehraufwendungen gegen haushaltsrechtliche Begrenzungen verstoßen würden.

09.03.17 Übermittlung des Protokolls der Fraktionssitzung vom Vortag, in dem unter TOP 12 festgehalten ist, dass Fraktion sich mehrheitlich unter der Bedingung für Zustimmung entscheidet, dass eine umfassende Kontrolle durch die Verwaltung gewährleistet ist.

Fazit

1. Verwaltung und OB sagen, dass sie über ihren eigenen Vorschlag nicht hinausgehen können, weil ihnen die Hände gebunden sind.
 2. SPD will mehr Sachinvestitionen und begrenzte Kontrolle durch Stichproben.
 3. CDU-Fraktion macht umfassende Kontrolle durch die Verwaltung zur Zustimmungsvoraussetzung.
- Diese Positionen sind eigentlich nicht übereinander zu bekommen.

Ursula Behrendt